

Münchner Sicherheitskonferenz verändern!



Unsere Vision ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik
Our Vision is a Munich Conference for Peace Policy

Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. • Projektzeitung Nr. 11 • Februar 2016

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,

„wir zahlen heute den Preis zahlreicher politischer Fehler vergangener Jahrzehnte. Militärische Siege haben westliche Armeen schnell errungen, aber keine stabilen Nachkriegsordnungen aufbauen können.“ So beurteilen es die Wissenschaftler des Friedensgutachtens von 2015 (→S.4) und so wird es aus den anderen Beiträgen dieser Zeitung deutlich: nur gewaltfreie Konfliktbearbeitungen können nachhaltig friedensfördernd wirken. Dieses Denken ist in der Sicherheitskonferenz noch nicht angekommen, das zeigt der ausführliche Leitartikel überzeugend. Statt dessen ist immer noch das alte Abschreckungs- und Drohungsszenario vorherrschend (→S.9). Dabei gäbe es durchaus Modelle für den Dialog von Staaten in Konfliktregionen wie es Clemens Ronnefeldt für den Nahen/MittlerOsten darstellt(→S.10). Auch das Flüchtlingsproblem lässt sich nicht durch militärische Interventionen lösen.(→S.5). Es ist zu befürchten, dass die Sicherheitskonferenz hierzu keine neuen Wege weisen wird. Unsere Beobachterinnen werden sie kritisch begleiten (→S.3 u.8).

Erwin Schelbert

Das kleine Portrait Marshall Rosenberg (1934-2015)



Psychologe und international bekannter und anerkannter Konfliktmediator. Er entwickelte seit den 60er-Jahren das

Konzept der „Gewaltfreien Kommunikation“. **„Wenn wir die Bedürfnisse und Gefühle des anderen hören, dann erkennen wir die Menschlichkeit, die wir gemeinsam haben.“** (Siehe auch →S.3) Die Gewaltfreie Kommunikation wird weltweit friedensfördernd in Krisengebieten ebenso eingesetzt wie in Schulen, Unternehmen, Institutionen, zwischen Paaren, KollegInnen und in Gruppen.

Inhalt dieser Ausgabe

- S.1 Sicherheitskonferenz/Pazifismus
- S.3 Unsere Beobachterinnen 2016
- S.4 Friedensgutachten
- S.5 Flüchtlinge—Bedrohung?
- S.6 Fortsetzung v. S.2
- S.8 Bericht von der MSC 2015
- S.9 Abschreckung-Sicherheit
- S.10 Modellkonferenz KSZMNO
- S.11 Buch: „Wer den Wind sät“
- S.12 Projektziele, Termine

Sicherheitskonferenz und Pazifismus

von Thomas Mohr

„Deutschland muss seinen Nachkriegspazifismus vollends überwinden“, so der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger in der Süddeutschen Zeitung vom 3.4.14. Nicht nur dieses Zitat zeigt: Ischinger nutzt den Status des Konferenzleiters, um in den Medien als „Sicherheitsexperte“ seine politische Botschaft zu verbreiten. 1995 hatte er an den Verhandlungen in Dayton mitgewirkt, mit denen der Bosnienkrieg beendet wurde. Als Lehre zog er daraus, dass Frieden nur möglich ist, wenn zuvor militärisch Fakten geschaffen und entsprechende Drohkulissen aufgebaut worden sind. Deshalb passte die Rede von Bundespräsident Gauck bei der Sicherheitskonferenz 2014, in der dieser eine „neue deutsche Verantwortung“ und den selbstverständlichen Einsatz deutscher Soldaten anmahnte, ganz ins Konzept des Konferenzleiters. Ischinger war hoch erfreut: „Ohne die Gauck-Rede wären die Waffenlieferungen an die Peschmerga nicht möglich gewesen“, (Die Welt, 18.1.15). Wie bekannt, lieferte Deutschland im Herbst 2014 als Reaktion auf den Vormarsch der Terrormiliz Islamischer Staat Waffen an die irakischen Kurden. Als Reaktion auf die Terroranschläge in Paris sind inzwischen auch deutsche Tornadopiloten über Syrien im Einsatz. Die vom früheren Außenminister Westerwelle für Deutschland – nicht nur im Fall Libyen – angeführte „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ hat endgültig ausgedient. Schwere Zeiten für Pazifismus in Deutschland.

Zur klaren politischen Positionierung des

Fortsetzung S. 2 ►



► **Fortsetzung** von Seite 1:

Konferenzleiters passt allerdings schlecht, dass die Konferenzorganisatoren behaupten, die Sicherheitskonferenz sei „eine neutrale Plattform für einen unabhängigen Gedankenaustausch zu aktuellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.“

Ischinger selbst nannte bereits 2009 als eines der Ziele einer zukünftigen Sicherheitskonferenz, sie solle *„zu einer qualifizierteren sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland beitragen.“* Schon damals konnte man heraushören, dass damit eine offensivere Vorgehensweise beim Thema Auslandseinsätze der Bundeswehr gemeint war. Es ist wenig glaubwürdig, dass der politische Standpunkt ihres Leiters nicht auch Programm und Außenwirkung der Sicherheitskonferenz prägen. Glaubwürdiger wäre es, wenn die Konferenzveranstalter, statt Neutralität zu behaupten, ihre Interessen offenlegen würden, um zu einer fundierten gesellschaftlichen Debatte über die Ausrichtung dieser – zu großen Teilen ja aus Steuergeldern finanzierten – Konferenz beizutragen.

Russland und die OSZE

Unter ihrem früheren Leiter Teltschik stand die Konferenz einige Jahre unter dem Motto *„Frieden durch Dialog“*. Angesichts der Tatsache, dass sich damals in noch weit stärkerem Umfang überwiegend Politiker aus NATO- und EU-Staaten versammelten, wirkte dieses Etikett reichlich unpassend. Trotzdem transportierte es zumindest eine gewisse Botschaft, was Aufgabe und Chance einer solchen Konferenz, z.B. im Blick auf Russland, sein könnten. Inzwischen nimmt regelmäßig eine größere russische Delegation an der Sicherheitskonferenz teil. Wurde dies als Chance zu einem echten Dialog mit Russland genutzt? **Wurde bei den russischen Äußerungen gut zugehört?** Das darf bezweifelt werden.

So berichtete unsere Beobachterin Renate Grasse 2011: *„Die russischen Delegationsmitglieder waren „die anderen“. Die Begrüßung war förmlicher, die Diskussionsbeiträge schärfer und konfrontativer.“* Ich selbst hatte bereits anlässlich der Konferenz 2009 kritisiert, dass die OSZE nur eine Nebenrolle und die UNO gar keine Rolle spielte. Und 2010 waren mir die deutlichen Worte des russischen Politikers Kosachev aufgefallen: Die Nato wolle zwar glo-

bal handeln, vertrete aber nur die Interessen ihrer Mitgliedsstaaten und könne deshalb OSZE und UNO als Institutionen gemeinsamer Sicherheit nicht ersetzen. Auch sei unklar, ob sich die NATO in Zukunft – anders als 1999 im Fall Kosovo – an UN-Mandate halten wolle. Dass auf diese Kritik konstruktive Reaktionen der westlichen Seite erfolgten, habe ich nicht wahrgenommen.

In der umfangreichen Festschrift zu 50 Jahren Sicherheitskonferenz findet sich unter den 56 Artikeln immerhin auch ein Beitrag von russischer Seite: Igor Ivanov, russischer Ex-Außenminister schreibt darin, dass ein bedeutender Teil der Verantwortung für die Veränderung der russischen Haltung – Stichwort: Putins Rede bei der Sicherheitskonferenz 2007 – bei *„unseren westlichen Partnern“* liegt. Trotz all dem sieht Konferenzleiter Ischinger in seiner Festrede bei einer großen deutsch-russischen Dialogveranstaltung am 22.10.15 als *„eigentlichen Kern unserer Beziehungskrise“* nicht Aktionen des Westens wie die NATO-Erweiterungen, sondern die einseitige und militärische Sicherheitsstrategie Russlands. Russland habe *„nicht aufgehört, seine eigene Sicherheit so zu definieren, dass sie fast zwangsläufig der Unsicherheit der Nachbarn Russlands bedarf.“*

Was hier Aktion und was Reaktion ist, kann man, wie z.B. die Russlandexpertin Gabriele Krone-Schmalz, allerdings auch anders sehen. **Die russische Enttäuschung** begann für Krone-Schmalz schon damit, dass bald nach dem Systemwechsel unter Gorbatschow für die Russen spürbar wurde, *„dass man sie auf dem weltweit bereits aufgeteilten Markt als Konkurrenten nicht haben wollte.“* Einige der weiteren Beispiele für problematische Aktionen des Westens, die Krone-Schmalz anführt: 1999 die Pläne der USA für ein neues Raketenabwehrsystem, 2001 die Kündigung des ABM-Vertrags durch die USA, 2008 wird Präsident Medwedews Initiative für einen europäischen Sicherheitsvertrag ignoriert, 2011 wird die Libyen-Resolution der UN vom Westen zum gewaltsamen Regimewechsel genutzt. Die durch die neue Politik Gorbatschows gegebene Chance, eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe zu beginnen, wurde vom Westen also nicht genutzt.

Unsere Beobachterinnen auf der Sicherheitskonferenz 2016

Mona-Géraldine Hawari:



Mona Géraldine Hawari

Als gebürtige Münchnerin gehen meine Erinnerungen an die Münchner Sicherheitskonferenz und an den Ausnahmezustand, den die Konferenz der Stadt alljährlich einbringt, weit zurück. Von der Projektgruppe *MSKverändern* habe ich hingegen erst vor gut zwei Jahren erfahren – und war von der Wichtigkeit der Arbeit der

Gruppe sofort überzeugt. Als Gegnerin der SIKO, so wie sie war und derzeit (noch) ist, ergeben sich meines Erachtens vielfältige Einmischungs- und Protestmöglichkeiten. Eine davon ist - ganz klar - die Ausschöpfung der Beobachter*innen-Rolle von *MSKverändern*. An dieser Stelle ein Danke an die Projektgruppe, dass ich in diesem Jahr Beobachterin sein darf! Ich bin, wie Ruth Aigner, Masterstudentin der Konfliktforschung, zuvor habe ich in Berlin und den USA Komparatistik und Politikwissenschaften studiert. Ich befasse mich viel mit dem Spannungsfeld zwischen theoretischen Konzepten und praktischen (Handlungs-)Formen von „Kritik“ und eines meiner Hauptanliegen ist es, emanzipiertere politische Wissenschaften für politischen Wandel einsetzbar zu machen und auch einzusetzen.

Ruth Aigner:

Gemeinsam mit meiner Studienkollegin Mona-Géraldine Hawari werde ich in diesem Jahr zum zweiten Mal für die Projektgruppe „*MSKverändern*“

das Geschehen im Bayerischen Hof mitverfolgen.

Über meine Eindrücke aus dem letzten Jahr schreibe ich in meinem Beobachterbericht 2015 (→S.8) und ich bin natürlich gespannt, was uns dieses Jahr erwartet.

Für die Zeit meiner Masterarbeit bin ich gerade wieder nach Wien gezogen, wo ich bereits mein Bachelorstudium der Um-



Ruth Aigner

weltpädagogik absolviert habe. Ich beschäftige mich dort mit den Herausforderungen einer internationalen, regierungsübergreifenden Institution, welche dazu beitragen soll, den interreligiösen, interkulturellen Dialog auf unterschiedlichsten Ebenen zu fördern. Nach wie vor bin ich der Meinung und der Hoffnung, dass es der unabhängige, authentisch geführte Austausch zwischen den Kulturen ist, der uns globale Problemstellungen gemeinsam sinnvoll angehen lässt. Diese Chance des Dialogs sehe ich ohne Zweifel auch auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Bisher jedoch konnte ich noch zu wenig feststellen von einem authentischen, unabhängigen, gleichberechtigten Dialog auf einer Augenhöhe mit allen Dialogpartnern, Kritikern und Querdenkern. Die unermüdlichen Bemühungen von Initiativen wie der MSKv, die nun schon seit 10 Jahren immer wieder kleine und große friedenspolitische Impulse setzt, lassen mich hoffen, etwas mehr davon auch auf der MSC 2016 zu erleben...

„Frieden gestalten“!

Ein Aufruf, der immer wieder von Friedensgruppen formuliert wird und auch im Motto der **Internationalen Münchner Friedenskonferenz - „Frieden und Gerechtigkeit gestalten – NEIN zum Krieg“** - zum Nachdenken anregt. Aber was heißt das? Dazu der Psychologe und Konfliktmediator **Marshall Rosenberg**:

*„Ich möchte, dass wir **Frieden auf drei Ebenen gestalten** und dass wir alle wissen, wie das geht. Erstens **Frieden in uns**. Das bedeutet zu wissen, wie wir innerlich friedlich sein können, wenn wir zum Beispiel nicht so tadellos sind, wie wir gerne wären. Wie wir aus unserer Begrenztheit lernen können, ohne uns selber zu schämen oder zu bestrafen. Wenn wir das nicht können, bin ich nicht sehr optimistisch, ob wir in der Welt friedlich handeln können. Zweitens **zwischenmenschlich Frieden schaffen**. Training in Gewaltfreier Kommunikation zeigt den Menschen, wie sie inneren Frieden schaffen und gleichzeitig, wie sie Verbundenheit mit anderen Menschen pflegen können und natürlicherweise die Lust am mitfühlenden Geben und Nehmen entsteht. Und drittens **in unseren gesellschaftlichen Systemen**. Das bedeutet, die Strukturen, die wir gestalten zu erkennen. Zu erkennen, ob die politischen und anderen Strukturen zu friedlichen Beziehungen untereinander beitragen. Und wenn sie das nicht tun, sie neu zu gestalten.“*

Das Friedensgutachten von 5 deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstituten

Jedes Jahr veröffentlichen die WissenschaftlerInnen der Institute (INEF Duisburg, IFSH Hamburg, HSFK Frankfurt, BICC Bonn, FEST Heidelberg) ein umfangreiches Gutachten zur internationalen Lage der Sicherheitspolitik, zu Krieg, Frieden, Demokratie und Entwicklung.

In ihrem letzten Gutachten von 2015 appellieren sie insbesondere an die Bundesregierung, mehr Verantwortung für den Frieden zu übernehmen.

Das bedeutet etwas anderes, als Bundespräsident Gauck und Verteidigungsministerin von der Leyen auf der Sicherheitskonferenz 2014 verkündeten. Nicht nur deshalb wäre es wichtig, dass auf der Konferenz die Aussagen der Gutachten diskutiert würden und die WissenschaftlerInnen auf den Podien vertreten wären. Diese Forderung erhebt die Projektgruppe bei den Gesprächen mit Konferenzleiter Ischinger seit langem. Denn wenn es auf der Konferenz wirklich um die ernsthafte Suche nach Lösungen für Konflikte gehen soll, dann dürfen dazu nicht nur die PolitikerInnen oder gar Militärfachleute gehört werden, sondern vor allem diejenigen, die sich mit der Analyse von Konfliktursachen und Konfliktbearbeitung professionell beschäftigen: WissenschaftlerInnen der Friedens- und Konfliktforschung.



Friedensgutachten 2015

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Bonn International Center for Conversion (BICC)
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)
LIT

Auf einige wenige, wichtige Aussagen des umfangreichen Friedensgutachtens von 2015 (LIT Verlag, 264 Seiten) soll hier verwiesen werden. Die Zitate sind der Presseerklärung vom Juni 2015 entnommen:

- ▶ *„Die Hauptkontroverse in Berlin und Brüssel entzündet sich an der Frage des Einsatzes militärischer Gewalt als Mittel der Politik.“ ... „Wir fordern eine grundsätzliche Debatte über den Stellenwert militärischer Mittel in der Außenpolitik.“*
- ▶ *„Terrorismusbekämpfung darf in Zukunft keine vorschnelle Begründung für Bundeswehreinätze, die Erziehung ausländischer Autokraten oder die Bewaffnung nichtstaatlicher Gewaltakteure sein. Auch sind Waffenlieferungen an Konfliktparteien ein ungeeignetes Mittel, um Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern.“*
- ▶ *„Kommerzielle Rüstungsexporte an „Drittstaaten“ außerhalb der NATO und der EU sind zu verbieten. Auch der Export sicherheits- und militärrelevanter Dienstleistungen deutscher Firmen muss staatlich streng reguliert werden. Schließlich fordern wir erneut, dass die Bundeswehr auf die Entwicklung und Beschaffung von Kampfdrohnen verzichtet.“*
- ▶ *„Will Deutschland international mehr Verantwortung tragen, sollte es vor allem auf eine präventive Außenpolitik setzen. Zivile Krisenprävention, Demokratieförderung, Entwicklungszusammenarbeit: Diese Trias erscheint als Königsweg einer verantwortungsvollen Friedenspolitik.“*
- ▶ *„Eine verantwortungsvolle Politik Deutschlands und Europas muss den für demokratische und soziale Reformen notwendigen Handlungsspielraum der Länder im globalen Süden vergrößern. Dazu ist der ernsthafte Wille des Westens zur Veränderung seiner entwicklungshemmenden und sozial folgenreichen Außenhandels- und Finanzpolitiken erforderlich.“*
- ▶ *Zu NATO und EU und Ukraine: „Wir warnen ausdrücklich vor Muskelspielen und fordern ein Umdenken: Sicherheit in Europa kann es langfristig nur als gemeinsame Sicherheit geben.“*
- ▶ *„Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, auf eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik an den Grenzen Europas zu drängen und damit außenpolitische Verantwortung tatsächlich ernst zu nehmen.“*
- ▶ *„Wir appellieren an die Bundesregierung, mehr Verantwortung jenseits militärischer Maßnahmen zu übernehmen, zivile Konfliktbearbeitung ressortübergreifend zu verankern und friedenspolitische Leitlinien für das gesamte Regierungshandeln zu formulieren.“*

Flüchtlinge — Bedrohung oder Chance?

Auszüge aus dem Denkanstoß „Migration-Flucht - Asyl“ der Studiengesellschaft für Friedensforschung

Immer mehr Menschen sind durch Kriege, bewaffnete Konflikte, politische Verfolgung, zerfallende Staatlichkeit und Terrorismus in ihrem Leben bedroht und daher gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um sich und ihre Angehörigen in Sicherheit zu bringen oder eine Zukunftsperspektive aufzubauen. Dazu kommt die weit verbreitete Perspektivlosigkeit auf Grund wirtschaftlichen Elends, Armut und Not, aber auch Naturkatastrophen und Klimawandel lassen immer mehr Menschen nach einem besseren Leben in der Fremde suchen.

Das Flüchtlingsproblem wird wohl das Problem des 21. Jahrhunderts werden. Es ist ein Problem, das viel größere Anstrengungen erfordert als die Stabilisierung des Euro und die Sanierung des griechischen Haushalts. Es geht hier um das Überleben von Menschen. Man wird das 21. Jahrhundert einmal daran messen, wie es mit den Flüchtlingen umgegangen ist.

Die meisten von denen, die ihr Heimatland verlassen müssen, suchen Zuflucht in einem direkten Nachbarland. Das betrifft z.B. den Libanon, Jordanien und die Türkei, die derzeit den größten Teil der syrischen Flüchtlinge beherbergen. Viele dieser Länder haben keine Wahl, ob sie die Menschen aufnehmen wollen oder nicht. Sie kommen einfach, leben in Massenlagern oder tauchen unter. Diese Verhältnisse sind nicht mit Europa vergleichbar. Aber sie machen die Frage, weshalb Europa über die Verteilung von Flüchtlingen streitet, verstörender. Die Tatsache, dass die meisten Flüchtlinge in armen Ländern unterkommen, zeigt, dass die ökonomische Situation bei der Frage, wie viele Menschen ein Land aufnimmt, nicht entscheidend ist. Es sind die sozialen Folgen, oder vielmehr die Angst davor, welche die Asylpolitik vieler Länder – nicht nur in Europa – prä-

gen. Im Kern geht es dabei um die Angst, dass der Wohlstand, den wir und andere Länder erarbeitet haben, durch Flüchtlinge und zu viele Zuwanderer gefährdet wird. So wird Asylpolitik in gewisser Weise zu Angstmanagement – und Angst lässt sich leichter politisch instrumentalisieren als bekämpfen.



Die wichtigste Fluchtursache sind aber nicht ökonomische Umstände in den Herkunftsländern, sondern die Angst um Leib und Leben und die politische / psychologische / soziale Frustration. Um so wichtiger ist es, dass die EU und der gesamte Westen endlich mehr dazu beitragen, die Handvoll politischer Großkrisen zu entschärfen, welche die neue Süd-Nord-Wanderung speisen. Die Herausgeber des Friedensgutachten 2015 begrüßen, dass Bundespräsident Joachim Gauck mit seinem Ruf nach mehr Verantwortung Deutschlands in der Welt den Raum für eine grundlegende Kursbestimmung der deutschen Außenpolitik geöffnet hat. Diese darf sich aber nicht auf „militärische Imperative“ beziehen. Es geht vielmehr darum, Wege zu finden, „wie den aktuellen Konflikten friedenspolitisch verantwortungsvoll zu begegnen sei“.

Statt dessen bauen wir Mauern und Grenzen und Abwehrkräfte wie die EU-Grenzschutzagentur Frontex, die nicht Schiffbrüchige rettet, sondern produziert.

Um Bedrohungsängsten zu bege-

nen, müssten wir die Chancen, die die Flüchtlingssituation schafft, nutzen. Auch wenn es richtig ist, dass wir aus demographischen Gründen Arbeitskräfte brauchen, aber das kann nicht der primäre Aspekt sein, wie es Marc Beise in seiner Streitschrift „Wir brauchen die Flüchtlinge!“ (SZ-Edition) hervorhebt, wenn er uns zuruft: „Denkt ökonomisch!“ Noch dazu ist es ja auch die Ökonomie, von der der Papst sagt, dass sie tötet.

Die Chance könnte darin bestehen, jetzt konsequent die tatsächlichen Fluchtursachen entschieden zu bekämpfen und in der EU eine humane und demokratische Schutzkultur zu entwickeln:

- Radikal Waffenlieferungen und Waffenhandel zu beenden
- Jegliche Militärische Maßnahme in Krisengebieten zu unterlassen
- Alle Möglichkeiten ziviler Konfliktprävention und -bearbeitung zu unterstützen
- Die Unterstützung korrupter und undemokratischer Regime zu verweigern
- Mit allen diplomatischen Mitteln auf Gewaltregime zur Beendigung von Krieg und Unterdrückung einzuwirken
- Effiziente Entwicklungshilfe zu leisten und –politik zu betreiben, die wirklich den Menschen hilft (Empowerment)
- Legale Zuwanderungsmöglichkeiten zu schaffen (Einwanderungsgesetz)
- Das Dublin-System abzuschaffen und durch einen verbindlichen EU-Konsens für ein humanes Asylrecht zu ersetzen
- Einen Lernprozess für interkulturelle Kompetenz auf allen Ebenen (Bildungssystem) zu initiieren, der für alle Menschen, die bei uns leben ein gutes, demokratisches gesellschaftliches Zusammenleben fördert.

Zusammenstellung: Erwin Schelbert
studiengesellschaft-friedensforschung.de

► **Fortsetzung** von Seite 2:

Stattdessen wurde die Floskel vom **Ende des Kalten Kriegs als Sieg des Westens** in die Welt gesetzt und die verbalen Zusicherungen, dass es keine NATO-Erweiterung nach Osten geben werde, weil nicht bindend vereinbart, einfach übergangen. Damit wurde von westlicher Seite eine Richtung eingeschlagen, die Russland nur als **Demütigung** erleben konnte. Die Folgen lassen sich jetzt in der Ukraine und in Syrien beobachten.

Seit der Ukraine-Krise hat nun die **OSZE**, die zuvor – auch finanziell – klein gehalten worden war, neue Beachtung gefunden. Ischinger wurde zum Leiter einer Kommission ernannt, die sich über „*Europäische Sicherheit als Gemeinschaftsaufgabe*“ Gedanken machen sollte. Am 3.12.15 legte sie ihren Abschlussbericht vor, leider mit einem Schönheitsfehler: Der russische Vertreter in der Kommission, Sergey A. Karaganov konnte den erarbeiteten Vorschlägen nicht zustimmen. Das klingt nach einem Scheitern der Kommission. Aus Sicht von Karaganov bleibt neben der positiven Atmosphäre in der Kommission und einzelnen Schritten in die richtige Richtung als wesentliches Ergebnis, dass die unterschiedlichen Sichtweisen der Beteiligten, also auch die russische, im Bericht ausführlich dargestellt werden. Ob der Westen diesmal besser zuhört? Man darf auf die Sicherheitskonferenz 2016 gespannt sein.

Syrien und der Islamische Staat

Gerade bezüglich des Kriegs in Syrien wurde von westlicher Seite viel zu lange so getan, als könnten die Interessen Russlands ignoriert werden. Zunehmend gerät nun die Komplexität des Kriegsgeschehens mit verschiedensten bewaffneten Gruppen, die von Regionalmächten wie Saudi Arabien und Iran unterstützt werden, in den Blick der Öffentlichkeit. Das Ende des Atomstreits mit dem Iran nutzte die Sicherheitskonferenz, um im Oktober 2015 in Teheran ein MSC Core Group Meeting zu veranstalten, das sich u.a. mit der „*Sicherheitsarchitektur im Nahen und Mittleren Osten*“ befasste. Hilfreich dafür war sicher auch, dass der Iran seit vielen Jahren bei der Konferenz in München prominent vertreten ist. Wie von den Veranstaltern kurz danach zu hören war, will man sich weiter dort engagieren, da vor Ort das Interesse an regionalen Lösungen groß sei. Als Projektgruppe haben wir angeregt, dabei die langjährigen Überlegungen von **M. Massarrat** für eine **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten** aufzugreifen (→S.10). Der Weg zum Frieden in der Region wird nur über Gespräche möglich sein,

die – mit langem Atem geführt – einen Interessensausgleich ermöglichen können.

Plötzlich waren sie da, die Terrorkämpfer des Islamischen Staats (IS) – so der Eindruck, der der breiten Öffentlichkeit vermittelt wurde. Aber dies gilt natürlich weder für den Irak und Syrien noch für Paris und Belgien. Die Vorgeschichte dieser islamistischen Gruppe bildet der Krieg der Bush-Regierung gegen den Irak (→S.9). Im Widerstand gegen die US-Besatzung bildete sich der IS. Im Hintergrund steht **eine jahrhundertlange Geschichte der Gewalt und Dominanz des Westens gegenüber der islamischen Welt**, die dort vielfach als Demütigung erlebt wurde (→S.11, Lüders). Willkürliche Grenzziehungen durch europäische Mächte nach dem 1. Weltkrieg, die u.a. zur Minderheitensituation der Sunniten im Irak und in Syrien führten, sind weitere Wurzeln der heutigen Probleme. Nach der US-Besatzung des Iraks bewirkte dann die Politik des irakischen Ministerpräsidenten al-Maliki, selbst Schiit, dass die Sunniten im Irak sich benachteiligt fühlten und die ebenfalls sunnitischen IS-Kämpfern schließlich mit gewisser Sympathie begrüßten. Ein weiterer Krieg gegen den Terror wird alle diese Probleme nicht wirklich lösen. Er ist hilfloser Aktivismus, um eigene Ohnmachtsgefühle zu bekämpfen. Wie wenig Stabilität solche Militäreinsätze des Westens in islamischen Ländern bewirken, zeigt die Situation im Irak und in Afghanistan. Ein Ansatz könnte es vielmehr sein, die ideologische Wirksamkeit der IS-Kämpfer einzugrenzen und **Ausstiegshilfen für IS-Kämpfer** anzubieten. Susanne Luithlen (Akademie f. Konflikttransformation) und Christine Schweitzer (Bund für Soziale Verteidigung) haben genauer dargestellt, welche Möglichkeiten es gegenüber dem IS für einen Ausstieg aus der Gewaltspirale und für zivile Konfliktbearbeitung gibt.

Pazifismus aus historischer Verantwortung

„*Stärker als früher hat der letzte Krieg die Friedenssehnsucht im Herzen der Menschen geweckt*“, so der damalige Bundespräsident Richard v. Weizsäcker 1985 in seiner berühmten Rede zum 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs. Einer seiner Vorgänger, **Gustav Heinemann** hat sich 1970 als **Förderer der Friedensforschung** verdient gemacht. Bedauerlich, dass der heutige Bundespräsident wohl zurecht als Förderer militärischen Engagements Deutschlands in die Geschichtsbücher eingehen wird, selbst wenn er

Fortsetzung S. 7 ►

► **Fortsetzung** von Seite 6:

mit der erstmaligen Einladung von zivilen Friedensexperten ins Schloss Bellevue am 10.2.15 zumindest einen gewissen öffentlichkeitswirksamen Gegenakzent gesetzt hat. Man würde sich einen Bundespräsident wünschen, der an erster Stelle die besondere Verantwortung Deutschlands für friedenspolitisches Engagement hervorhebt.

Dass **Kriegserfahrungen** über Generationen weiterwirken, hat für Deutschland z.B. Sabine Bode unter dem Begriff Kriegsenkel beschrieben. Neben manchem, das schwer greifbar, aber im Leben der Einzelnen belastend ist, könnte dazu als positives Erbe die erwähnte Friedenssehnsucht gehören. Für Deutschland ergäbe sich aus den leidvollen Erfahrungen zweier Weltkriege der Auftrag, den **Weg der Aussöh-**



nung gegenüber Frankreich, der später in der Entspannungspolitik Willy Brandts gegenüber der Sowjetunion und den Ländern des Ostblocks seine Fortsetzung fand, konsequent weiter zu beschreiten, **nun auch gegenüber islamischen Ländern**. Nicht die Bundeswehr, deren Ausbau inzwischen wieder gefordert wird, sondern die zivilen Mittel, die z.B. im Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung von 2004 beschrieben werden, sollten eine finanzielle Priorisierung erhalten. Leider wird Pazifismus nach wie vor oft mit Nichtstun gleichgesetzt. Wie falsch das ist, zeigt z.B. die Arbeit des Zivilen Friedensdienstes, die wir als Projektgruppe auch in diesem Jahr den Teilnehmern der Sicherheitskonferenz mit einer Side-Veranstaltung nahe bringen wollen. Auch die

Friedenskonferenz – Alternativveranstaltung der Friedensbewegung zur Sicherheitskonferenz – wird sich in diesem Jahr mit dem Thema Schutzverantwortung befassen (→Anlage). Pazifismus übernimmt Verantwortung!

Friedenskonferenz statt Sicherheitskonferenz!

Vor dem Hintergrund der Kriegsgeschichte Deutschlands stellt sich die Frage: Soll die alljährliche Konferenz in München eine Werbeveranstaltung für militärische Sicherheit bleiben, die die Bevölkerung von der Notwendigkeit von Militär und Rüstung überzeugen soll und bei der Politiker und Rüstungslobbyisten entsprechende Kontakte pflegen? Zu einem Deutschland, das sich seiner historischen Friedensverantwortung bewusst ist, würde eine andere Art internationaler Konferenz besser passen: eine Konferenz, die nicht einer „**Sicherheitslogik**“ verhaftet ist, die von der Bedrohung eigener Interessen durch mögliche Feinde ausgeht. Stattdessen würde die Orientierung an einer „**Friedenslogik**“ (H.-M. Birckenbach), die die eigene Beteiligung an Konflikten mit einbezieht, die Chancen des Dialogs bei dieser internationalen Konferenz ganz anders zur Geltung bringen. Die Konferenz könnte ein Ort werden, wo Deutschland sich jedes Jahr neu den folgenden Fragen stellt: **Wer sind die Anderen**, vor denen wir Angst haben? Was haben wir selbst zur momentanen Konfliktkonstellation beigetragen? Und wer sind die Anderen, die vor uns Angst haben bzw. **denen wir mit unserer Politik Leiden zufügen?** Und dann könnte genau mit diesen (verschiedenen) Anderen der Kontakt gesucht und Dialog ermöglicht werden! Eine solche Konferenz für Friedenspolitik würde auch der Bevölkerung eine ganz andere Möglichkeit der Aufklärung und Information bieten. Was in der Konferenz bereits angelegt ist – die Chance, Stimmen aus Ländern wie z.B. Russland oder Iran einmal ausführlicher öffentlich zu Wort kommen zu lassen – könnte zu einem Schwerpunkt werden.

10 Jahre Dialog mit der Sicherheitskonferenz

Erste Ideen in diese Richtung finden sich im „*Aufruf zur Veränderung der Sicherheitskonferenz*“ aus dem Jahr 2004. In der Folge entstand unsere Projektgruppe, die 2006 mit einem Schreiben an den damaligen Konferenzleiter Teltschik den Dialog mit der Sicherheitskonferenz begann. **Was wurde in diesen 10 Jahren erreicht?** Das lässt sich in 5 Punkten zusammenfassen: (1) Als Projektgruppe haben wir uns eine wachsende Kompetenz beim Thema Sicherheitskonferenz erarbeitet. (2) Unsere Vision einer anderen

Fortsetzung S. 8 ►

► **Fortsetzung** von Seite 7:

Sicherheitskonferenz wurde entworfen. (3) Wir haben den Kontakt mit den Veranstaltern aufgebaut und mit Konferenzleiter Ischinger und seinen Mitarbeitern Dialoge und politische Diskussionen geführt. Momentan hat sich unser Kontakt mit der Sicherheitskonferenz von der politischen Ebene stärker auf die Arbeitsebene verlagert, wo wir versuchen, konkrete Anregungen zu geben. (4) Wir haben Veränderungsimpulse – wenn auch kleine – umsetzen können: Die Friedensbewegung ist seit 2009 durch **unse-re Konferenzbeobachter** und seit 2015 auch durch eine **Seitenveranstaltung des forumZFD** auf der Konferenz vertreten. (5) Wir haben Öffentlichkeitsarbeit für friedenslogisches Denken und für zivile Konflikttransformation betrieben, sowohl mit Hilfe des Medienzugangs unserer Konferenzbeobachter als auch mit unseren eigenen Möglichkeiten wie Projektzeitung, Internetseite, Veranstaltungen und Denkmails.

Die Vision einer „Münchner Konferenz für Friedenspolitik“ wird uns weiter antreiben. Und auch Konferenzleiter Ischinger hat aus den Verhandlungen zum Bosnienkrieg nicht nur diese eine Lehre gezogen. Die schweizerische Tages Woche vom 15.12.15 zitiert ihn: *„Die eigentlich schwierige Aufgabe fängt erst dann an, wenn die Waffen schweigen. Zu lange hat man Bosnien sich selbst überlassen, und bis heute ist aus dem Waffenstillstand kein wirklicher Friede geworden.“* In diesem Sinne hoffen wir, dass Ischinger vielleicht doch sein Werben für militärisches Engagement zurückfahren kann und stärker seine diplomatischen Qualitäten einsetzt. Wie wäre es, wenn er das alte Motto *„Frieden durch Dialog“* aufgreifen und die Sicherheitskonferenz konsequent als **Dialogveranstaltung zum Abbau von Feindbildern** gestalten würde? Nicht nur bei Themen wie Russland, Ukraine, Syrien, Iran oder IS gäbe es da einiges zu tun.

Thomas Mohr



Die „kollabierende Weltordnung“ auf der MSC 2015

„Mir wäre es lieber, wir könnten über erfolgreiche Krisenprävention reden“ bedauert Konferenzleiter Ischinger bei seinem Interview in der Berliner Morgenpost im Januar 2016 mit Blick auf seine jährliche Konferenz. Wer außer ihm hätte aber mehr Möglichkeiten, die Münchner Sicherheitskonferenz zu einem Forum zu machen, wo gemeinsam über Krisenprävention und über intelligente Formen der Krisenbewältigung gesprochen werden könnte, statt die Aufmerksamkeit auf die polarisierten, oft festgefahrenen Standpunkte

hinsichtlich momentaner Konfliktsituationen zu lenken? *„Es müsse offenbar erst zu noch dramatischeren Katastrophen kommen, ehe die Sicherheitsexperten sich damit beschäftigten“* zitiere ich aus der Nebenveranstaltung zu *„Climate, Development, Migration“* in meinem Rückblick auf die letzte MSC¹. Ein Jahr seit der letzten Konferenz scheint ein kurzer Zeitraum und doch überschlugen sich die krisenartigen Ereignisse so dramatisch, dass sie mehrere Jahrzehnte füllen könnten. Während letztes Jahr noch Waffenlieferungen in die Ukraine diskutiert wurden, befindet sich die Deutsche Bundeswehr dieses Jahr im syrischen Kriegseinsatz. Während letztes Jahr angemerkt wurde, Ansatzpunkte gegen islamistischen Terrorismus sollten und könnten auch aus den Reihen des Islam selbst entstehen, blicken wir heute auf eine besorgniserregende Konfrontation zwischen Riad und Teheran. Während Ischinger sich im letzten Jahr für eine grenzübergreifende Berichterstattung und eine überregionale Öffentlichkeit aussprach, sehen wir heute eine mediale und politische „Grenzziehung“ nicht nur zwischen Ost- und West, sondern selbst innerhalb der Europäischen Union. Während letztes Jahr der Klimawandel von Greenpeace-Chef Naidoo als größte Herausforderung der Menschheit benannt wurde, wird er trotz der Pariser Klimakonferenz auf der MSC angesichts der akuten Kriegsszenarien in den Schatten rücken. Welche Aspekte der *„Collapsing“* – oder vielleicht schon Collapsed – *„World Order“* (Panel auf der MSC 2015) werden in diesem Jahr in den Hinterzimmern des Bayerischen Hofes besprochen und welche werden vergessen, vernachlässigt oder verdrängt? Spätestens 2017 bekommen wir dann vielleicht die Antwort...

Ruth Aigner

¹ Vollständiger Bericht unter: http://msk-veraendern.de/resources/Konferenzbeobachtung2015_RuthAigner.pdf

Durch Abschreckung zur Sicherheit?

„Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen!“ So das Mantra deutscher Politiker_innen!

„Eine politische Lage, die Sicherheit garantiert“ bezeichnet als „unser Ziel“ z. B. der US General *Ben Hodges* (Talksendung von Maybrit Illner am 29. 10. 2015)

Und welches sind die Fluchtursachen? Was garantiert die Sicherheit? Und Sicherheit für wen?

Wenn wir die Fluchtursachen bekämpfen wollen, müssen wir sie zunächst ehrlich benennen.

Auf die Flüchtlinge aus Syrien bezogen, lautet die Antwort: Krieg!

Was für ein Krieg? „Krieg gegen den Terror“? Welchen Terror? Natürlich zunächst gegen den vom IS ausgeübten! Darin sind sich alle einig. Damit hört aber die Einigkeit schon auf.

Wo liegt der Ursprung des Terrors? Welche Kräfte legten das Feuer?

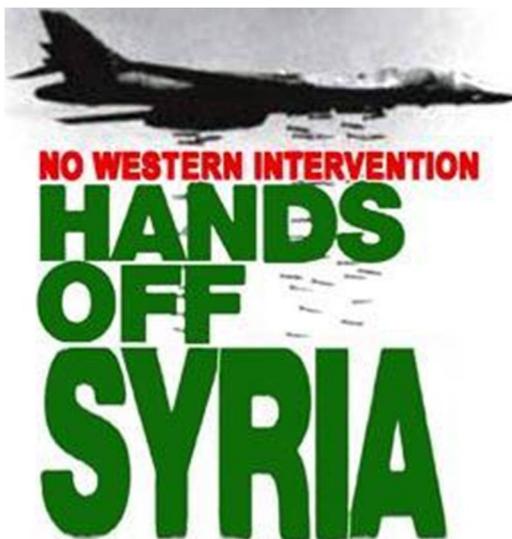
Die Mainstreammedien vermitteln uns den Eindruck, die Masse der Syrer fliehe vor den Gewaltakten des Diktators Assad „gegen das eigene Volk“! Bashar al-Assad – die Wurzel allen Übels, die Verkörperung des Bösen, das aus der Welt geschafft werden muss?

Ist es tatsächlich so?

Die auf Wunsch des syrischen Präsidenten erfolgte Beteiligung der russischen Luftwaffe, die offensichtlich Teilerfolge gegen den IS zeitigte, zwingt die Nato Staaten, in den aktuellen Verhandlungen mit Russland dem zumindest vorläufigen Bleiben Assads zuzustimmen.

Und die westlich orientierten Medien differenzieren jetzt stärker zwischen den unterschiedlichen Rebellengruppen, und

man verweist öfter auf die Komplexität der Situation (s. Leitartikel) und auf den Mangel an belastbaren Aussagen.



Licht ins Dunkel könnten uns die Leitgedanken aus dem „*Project for the New American Century*“, einem der vielen handlungsbestimmenden Dokumente der aktuellen US-Politik, bringen:

„Heute ist es die Aufgabe (der Militärs) ...den Aufstieg einer neuen Großmacht in diesem Wettbewerb abzuschrecken; die Schlüsselregionen Europa, Ostasien und den Nahen Osten zu verteidigen; und die amerikanische Vormachtstellung zu bewahren... Heute kann diese Sicherheit nur auf der Ebene von Einzelfällen durchgesetzt werden, durch Abschreckung oder, wenn nötig, durch überzeugende Bestrafung von Feinden, die die amerikanischen Interessen und Prinzipien zu schützen vermag.“

Dabei sei „*die Abhängigkeit Europas*“ zu wahren – dafür stehe die NATO, ohne die „*die Pax Americana zu einem frühen Ende*“ käme und „*die Vereinigten Staaten keine Stimme mehr in europäischen Sicherheitsangelegenheiten hätten...*“*)

Die Umsetzung dieser Agenda belegt der ehemalige US-Marine-offizier und Journalist in Sicherheitsfragen *Wayne Madsen* in seinem Artikel „*America’s Disastrous Proxy Wars: Syria ist the Latest*“ vom 17. 10. 2015 mit vielen Beispielen aus Vergangenheit und aktueller Situation in Syrien: die CIA habe nicht nur die afghanischen Mudjaheddin rekrutiert und bewaffnet, sondern auch: „*the United States was using Salafist, Wahhabi, and jihadist Sunnis to fight a proxy war against Iran and its surrogates.*“

Fazit: Das Feindbild Assad dient in diesem Stellvertreterkrieg allein dem Bestreben, ein *regime change* zu Gunsten amerikanischer Interessen durch zu setzen. Wie gehabt in Irak und in Libyen! Doch was sind die Folgen? Chaos und weitere Gewalt!

Abschreckung und Unterwerfung als Weg zur Sicherheit?

Nein! Wer die eigene Sicherheit auf Kosten der anderen zu gewährleisten versucht, wird auf die Dauer die eigene Sicherheit aufs Spiel setzen.

Kann die MSC dazu beitragen, dass die Internationale Gemeinschaft - allen voran die Großmächte - sich von einer interessegeleiteten Politik abwendet, um sich in ihrem Handeln an den so gerne beschworenen „westlichen“ Werten wie Freiheit, Menschen- und Völkerrecht zu orientieren?

Mechthild Schreiber

*) „*Rebuilding America’s Defense: Strategie, Forces and Resources for a New Century*“

Modellkonferenz Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten

von Clemens Ronnefeldt

Einen ganz langen Atem bewiesen Professor Mohsen Massarrat, viele Jahre an der Universität in Osnabrück tätig, und Christoph Krämer, stellvertretender Vorsitzender der IPPNW (Ärzte gegen Atomkrieg in sozialer Verantwortung), bevor es so weit war: Mit Unterstützung von Medico International und des Instituts für Auslandsbeziehungen beim Auswärtigen Amt sowie ganz besonders des damaligen Direktors der evangelischen Akademie Bad Boll, Manfred Budzinski, konnte die erste Modellkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZMNO) in Bad Boll

Vorbedingungen an dieser Konferenz teilzunehmen und zur Kooperation bereit zu sein.

Um nach der Konferenz ohne Bedrohungen und Restriktionen in ihren jeweiligen Heimatländern weiter arbeiten zu können, zogen es mache Teilnehmenden vor, nicht fotografiert zu werden.

Der Einstieg in die Konferenz begann mit organisatorischen Fragen an uns Moderatoren: Warum wir die Sitzordnung mit 30 Plätzen im Rechteck so gewählt hätten, wie wir dies gemacht hatten. Israelis saßen

neben Palästinensern, Araber neben Persern, Türken neben Arabern. Wir fanden plausible Antworten: Ein israelischer und ein palästinensischer Vertreter arbeiteten schon vor der Konferenz seit vielen Jahren im Redaktionsteam eines israelisch-palästinensischen Wissenschaftsjournals, eine jüdische israelische Teilnehmerin war und ist mit einem muslimischen Palästinenser verheiratet.

Ein iranischer Teilnehmer monierte den Namen der Konferenz: "Mittlerer Osten" (middle east) sei ein kolonialer Begriff der Engländer, welche die Region zwischen Großbritannien und Indien einfach aus ihrer Sicht benannt hätten. Er schlug statt dessen "West-Asien" vor. Ein Teilnehmer aus Kuwait kritisierte die Namensgebung, weil für "Sicherheit" in seinem Land Polizei und Militär zuständig sei

wir uns aber auf der Nichtregierungsebene getroffen hätten.

Nach etlichen Klärungen kamen wir zum Herzstück der Konferenz: Alle 27 Ländervertreter_innen stellten ihre Arbeit nacheinander in einem 15-20 minütigen Kurzvortrag vor, manche unterstützt mit Bildern. An einer Meta-Plan-Wand hielt ich auf Karten die wichtigsten Stichworte fest. Als wir mit dem gesamten Durchgang fertig waren, überlegten wir gemein-



Clemens Ronnefeldt bei einem Vortrag, mit dem Bild der Konferenzteilnehmer in Bad Boll - wir uns aber auf der Nichtregierungsebene getroffen hätten.

Die Verantwortlichen hatten Andreas Zumach und mich angefragt, ob wir die viertägige Konferenz im Januar 2011 moderieren würden. Die Teilnehmenden aus Israel, Palästina, Türkei, Jordanien, Syrien, Iran, Irak und Kuwait waren "handverlesen" und bereits im Vorfeld durch ihre konstruktive Friedens- oder Menschenrechtsarbeit in ihren jeweiligen Organisationen aufgefallen. Nach einem Einladungsschreiben hatten sie sich einverstanden erklärt, ohne

Fortsetzung S. 11 ►

► **Fortsetzung** von Seite 10:

sam, welche Personen in länderübergreifenden Querschnittsgruppen an ähnlichen Themenfeldern künftig zusammenarbeiten könnten. Es bildeten sich vier Themen-Schwerpunkte heraus:

1. Interreligiöser Dialog
2. Friedenserziehung
3. Wasser und Erneuerbare Energien
4. ABC-Waffenfreie Zone.

Nach der Suche nach Moderator_innen dieser vier Querschnittsgruppen gingen die jeweiligen Teilnehmenden in Kleingruppen, um weitere Absprachen und Themen für die künftige gemeinsame Arbeit zu finden.

Im Verlauf der vier Tage kam eine neue Dynamik dadurch zustande, dass am zweiten Konferenztag in Tunesien Ben Ali gestürzt wurde. Einige schrieben Presstexte oder gaben in Pausen Interviews. Insgesamt steigerte der Beginn der Arabellion die Bereitschaft zur Kooperation. Uralte Vorurteile zwischen Türken und Arabern konnten offen ausgesprochen

und überprüft werden. So hatte ein türkischer Doktorand einen Studierenden-Austausch mit der Universität Damaskus ins Leben gerufen.

Stimulierend wirkten auch gelungene Kooperations-Beispiele aus der Vergangenheit: Nach dem Erdbeben in Bam (Iran) 2003 mit mehr als 30 000 Toten entsandten arabische Staaten Suchtruppen, um Verletzte zu bergen. Nach dem großen Feuer am Berg Hermon war die israelische Regierung auf türkische Löschflugzeuge angewiesen.

Nach den gemachten Erfahrungen wäre für die Region wünschenswert, wenn eine solche Konferenz auch auf der Außenminister- oder Regierungschef-Ebene möglich würde.

Clemens Ronnefeldt,

seit 1992 Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, hat seit 1990 Irak, Iran, Syrien, Libanon, Israel, Palästina, Ägypten und Jordanien bereist.

Buchvorstellung: Michael Lüders „Wer den Wind sät“

Der Untertitel des Buches beschreibt schon sehr deutlich worum es geht.

„Wie die folgenden Ausführungen zeigen werden, hat sich das Grundmuster westlicher Interventionen in der arabisch-islamischen Welt über Jahrzehnte hinweg kaum verändert. Allem voran die Neigung, die Konfliktparteien in ‚gut‘ und ‚böse‘ zu unterteilen.“

„Die USA haben seit 2001 in sieben mehrheitlich muslimischen Ländern militärisch interveniert oder sie mit Drohnen angegriffen..... Gibt es eine einzige militärische Intervention des Westens, die nicht Chaos, Diktatur, neue Gewalt zur Folge gehabt hätte?“

So fragt der Autor in der Einführung und zeigt in den folgenden Kapiteln sehr sachlich, klar und an Hand von Tatsachen nachvollziehbar, wie die so genannte „wertorientierte“ Politik des „guten“ Westens zerstörerisch gewirkt hat.

Beginnend mit dem gesteuerten Putsch 1953 im Iran über Afghanistan und Irak bis hin zu Syrien und dem IS heute werden die Fehler, Skandale, Lügen, Intrigen, die offene und subtile Gewalt ungeschminkt analysiert. Dass dieser Terror die islamistischen Bewegungen Al Qaida und IS nur unterstützt hat, ist nachweisbar. *„...Der Westen schafft sich seine terroristische Bedrohung zu einem erheblichen Teil selbst.“*

Auch die Israelpolitik des Westens, wird kritisch hinterfragt: Was bedeutet die „besondere Verantwortung“ gegenüber Israel, die ja Staatsraison ist, wenn nicht auch über die Vertreibung der Palästinenser und den Siedlungskolonialismus auf palästinensischem Gebiet oder über die Atommacht Israel ohne internationale Kontrolle gesprochen werden darf?

Das aufrüttelnde Buch des ehemaligen Nahost-Redakteurs, der jetzt als freier Journalist arbeitet, kann insbesondere allen Teilnehmern der Sicherheitskonferenz dringend zur Lektüre empfohlen werden.

Erwin Schelbert

MICHAEL LÜDERS

Wer den Wind sät

Was westliche Politik im Orient anrichtet



Träumst du

Träumst du die gleichen Träume, die ich träume?
Finden wir das gleiche wichtig?
Ich liebe die Freude, ich liebe die Zärtlichkeit,
die Ehrlichkeit und Mitgefühl mit sich bringen.

Träumst du von einer Welt, wo jede Person was für sich bedeutet
und nicht nur ein Rädchen im Getriebe ist?
Wo Fehler - statt Verdammung und Höllenfeuer nach sich zu ziehen -
In einem kleinen, liebevollen Dialog besprochen werden?

Und träumst du von einer Welt,
wo die Berührung bereichert, uns nährt und beruhigt?
Wo die Menschen willens sind, zum Töten nein zu sagen
und wo Araber friedlich mit Juden tanzen?

Träumst du die gleichen Träume, die ich träume?
Finden wir das gleiche wichtig?
Ich liebe die Freude, ich liebe die Zärtlichkeit,
die Ehrlichkeit und Mitgefühl mit sich bringen.



Marshall Rosenberg

Wir über uns

Unsere Vision ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik, ein Forum fairer globaler Zusammenarbeit, von dem Initiativen für eine gerechte, ökologische und gewaltfreie Weltinnenpolitik ausgehen.

Unser Weg heißt Gewaltfreiheit und Dialog. Wir geben Impulse und suchen das Gespräch mit den Veranstaltern, Förderern und Teilnehmern der Sicherheitskonferenz sowie der interessierten Öffentlichkeit.

Unsere Organisation: Die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der in seiner Arbeit durch interessierte Personen aus Münchner Friedensgruppen verstärkt wird.

Unsere Kooperationspartner: Die Projektgruppe wird finanziell gefördert durch die Pax-Christi Bistumsstelle der Erzdiözese München und Freising und arbeitet bei Einzelveranstaltungen mit der Petra-Kelly-Stiftung zusammen. Ferner kooperieren wir mit der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik (AGFP) und dem Regionalforum ZFD Südbayern und arbeiten im Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz mit.

Wir und die Anderen: Die verschiedenen Aktionsformen der Münchner Friedensbewegung – Demonstrationen, Friedenskonferenz, Friedensgebet, Dialog – sehen wir als sich ergänzende Säulen, die die kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Sicherheitskonferenz tragen.



Termine der Friedenskonferenz und im Umfeld:

(www.friedenskonferenz.info)

Donnerstag, 11.Feb.2016, 19:30, Vortrag mit Diskussion
Dr. Emilio Astuto, Die BRICS-Staaten

DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64

Freitag, 12.Feb.2016, 19:00, (Einlass 18:00)

Forum der Internationalen Münchner Friedenskonferenz
„Frieden und Gerechtigkeit gestalten“

Altes Rathaus, Marienplatz

Samstag, 13.Feb.2016, 10:00-12:30 Diskussionsforum mit

den Referenten des Internationalen Forums
DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64, Ludwig-Koch-Saal

Samstag, 13.Feb.2016, 13:00 Stachus, Umzingelung

Kundgebung und Demo gegen die Sicherheitskonferenz
Schlusskundgebung, 15 Uhr, Marienplatz
(www.kriegsrat-nein-danke.de)

Samstag, 13.Feb.2016, 18:30 (Einlass 18:00)

„Aktuelle Runde“ Expertenhearing „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“

DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64

Sonntag, 14.Feb.2016, 11:30 Friedensgebet der Religionen

Pfarrsaal, St. Anna, St.-Anna-Str. 9 (U4,U5 Lehel)

Sonntag, 14.Feb.2016, 15 Uhr, Podium „Nach der Konferenz“

Künstlerhaus, 8, (u.a. mit einer Beobachterin von MSKv)
www.petrakellystiftung.de

Mittwoch, 24.Feb. 2016, 19 Uhr, Diskussionsveranstaltung

Münchner Sicherheitskonferenz,

10 Jahre Dialog—ein Erfolg?

EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80, 80336 München

Veranstalter: Projektgruppe MSKverändern

Impressum: Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.

Vorstand: Dr. Thomas Mohr, Hanna Brocks, Isolde Teschner

Pienzenauerstr.50, 81679 München, Tel. 089/ 98 06 49 , Email: vorstand@mskveraendern.de , Internet: www.msk-veraendern.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24.1.2016

ViSdP Erwin Schelbert

Bank: Stadtparkasse München, IBAN: DE23 70150000 0000 4163 70, BIC: SSKMDEMXXX